



Freie Wähler - Mannheimer Liste • E 5 • 68159 Mannheim

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
Herrn Christian Specht
Rathaus E 5
68159 Mannheim

Holger Schmid
Fraktionsvorsitzender

Christiane Fuchs
stellv. Fraktionsvorsitzende

Prof. Dr. Achim Weizel
Stadtrat

Christopher Probst
Stadtrat

Mannheim, 23. November 2023

Antrag zur Sitzung des Gemeinderats am 12. Dezember 2023

Menschen mitnehmen: Kein Gendern in der Mannheimer Stadtverwaltung

Der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die "Besonderen Geschäftsanweisung zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache bei der Stadt Mannheim" vom 24.07.2023 wieder aufzuheben.

Begründung:

Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz hat am 24.07.2023 zusammen mit dem Gesamtpersonalrat die "Besondere Geschäftsanweisung zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache bei der Stadt Mannheim" unterschrieben und in Kraft gesetzt.

In der Präambel dieser "Besonderen Geschäftsanweisung zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache bei der Stadt Mannheim" vom 24.07.2023 sind für die Mitarbeitenden der Stadt Mannheim Formulierungshilfen für den Arbeitsalltag genannt, mit denen eine geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung gelingen soll.

Mit ihr soll auch die durch Artikel 3 Grundgesetz gebotene Gleichbehandlung von Frauen und Männern weiter umgesetzt und gleichzeitig nicht-binäre / diverse Menschen berücksichtigt werden.

Für die Fraktion der Freien Wähler – Mannheimer Liste geht diese Besondere Geschäftsanweisung aber zu weit und an der Realität vorbei.



Holger Schmid
Fraktionsvorsitzender

Christiane Fuchs
stellv. Fraktionsvorsitzende

Prof. Dr. Achim Weizel
Stadtrat

Christopher Probst
Stadtrat

Zwar gibt es offizielle Beschlüsse zum Gendern in drei Parteien - bei den Grünen, der Linkspartei und der AfD. Die Grünen führten bereits im Jahr 2015 eine gendergerechte Sprache ein. 2017 beschlossen die Linken die Einführung des Gendersternchens. Diese haben aber gleichzeitig im September 2019 wiederum ausdrücklich erklärt, dass "im Interesse des flüssigen Lesens und der Maschinenlesbarkeit auf eine 'gegenderte' Schreibweise zu verzichten" sei. Mit Gendern sei in diesem Zusammenhang jedoch lediglich die Verwendung der Sonderzeichen wie Gendersternchen oder das Binnen-I gemeint.

Gleichzeitig lehnten fast zwei Drittel der Deutschen (65%) lt. Infratest Dimap im Jahr 2021 das Gendern ab. Mittlerweile hat sich dieser Anteil lt. einer FORSA-Umfrage im Auftrag von ntv vom Juli 2023 auf 75% erhöht. Ähnlich deutlich fällt die Ablehnung von Plänen aus, die öffentliche Verwaltung – wie in Niedersachsen vorgesehen – auf die Verwendung einer geschlechtsneutralen Sprache in geschriebenen Texten zu verpflichten. 22 Prozent der Bundesbürger fänden das richtig, 75 Prozent lehnen solche Pläne ab.

Die Landesregierungen unserer Nachbar-Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz haben erkannt, dass Gendern falsch ist und haben dies in der Verwaltung sogar untersagt bzw. wollen das tun. Was auch mit Blick auf die Metropolregion Rhein-Neckar für Mannheim relevant sein dürfte. Und auch der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann sieht Gendern in Verwaltung und Schule kritisch und lehnt es ab.

Der in Mannheim ansässige Rat für deutsche Rechtschreibung bekräftigte zuletzt mit seiner Empfehlung vom 26. März 2021 ebenso seine Auffassung, dass "allen Menschen mit geschlechtergerechter Sprache begegnet und sie sensibel angesprochen werden" sollten. Er stellte allerdings fest, dass es sich um eine gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Aufgabe handele, die sich nicht allein mit orthografischen Regeln und Änderungen der Rechtschreibung gelöst werden könne.

Im Konsens mit der Gesellschaft für deutsche Sprache lehnt auch er die Verwendung von Gendersternchen, Gender-Gap, Gender-Doppelpunkten und den anderen möglichen verkürzten Variationen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen ab. Vielmehr bekräftigte der Rat im Rahmen dieser Empfehlung erneut seine am 16. November 2018 intern beschlossenen Kriterien zur geschlechtersensiblen Sprache.



Holger Schmid
Fraktionsvorsitzender

Christiane Fuchs
stellv. Fraktionsvorsitzende

Prof. Dr. Achim Weizel
Stadtrat

Christopher Probst
Stadtrat

Darüber hinaus sei aber auch die Lernbarkeit ein wesentliches Kriterium. Die Lernbarkeit betreffe nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch die rund 12 % der Erwachsenen, die nicht in der Lage sind, auch nur einfache Texte zu lesen und zu schreiben. Darüber hinaus betreffe die Lernbarkeit auch diejenigen, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache erlernen. Daher dürfe eine geschlechtergerechte Sprache nicht das Erlernen der geschriebenen deutschen Sprache erschweren. Und auch bei der Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen muss unserer Meinung nach der klare Fokus auf die Einhaltung der geltenden Rechtschreibregeln gelegt und keine zusätzliche Verwirrung und Erschwernis hinzukommen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist so schon schwer genug.

Für die ML ist Gendern ein akademisches Elitenprojekt und geht an der Lebens- und Sprachwirklichkeit vieler Menschen vorbei; es ist eine Bevormundung durch eine Minderheit und reiner Ausdruck einer politischen Agenda.

Wir beantragen, dass jeder Beschäftigte bei der Stadt Mannheim frei und selbst im Rahmen der geltenden deutschen Rechtschreibregeln und unter Beachtung der vom Rat der deutschen Rechtschreibung am 16. November 2018 intern beschlossenen Kriterien zur geschlechtersensiblen Sprache entscheiden kann, welche Formulierungen er verwendet.

Eine Änderung der "Besonderen Geschäftsanweisung zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache bei der Stadt Mannheim" ist jederzeit möglich. Wir bitten den neuen Oberbürgermeister Christian Specht deshalb, die "Besondere Geschäftsanweisung zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache bei der Stadt Mannheim" vom 24.07.2023 wieder aufzuheben und außer Kraft zu setzen. Wir wollen die Menschen mitnehmen und nicht überfordern.

Mit freundlichen Grüßen

H. Schmid
Vorsitzender

C. Fuchs
stellv. Vorsitzende

Prof. Dr. A. Weizel
Stadtrat

C. Probst
Stadtrat